

Stand: 27.07.2024 03:55:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/29571

"Wasserknappheit begegnen - auch zur Sicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/29571 vom 22.06.2023
2. Beschluss des Plenums 18/29578 vom 22.06.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 148 vom 22.06.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Martin Schöffel, Kerstin Schreyer, Volker Bauer, Alfons Brandl, Gerhard Eck, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Petra Högl, Dr. Petra Loibl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Hans Ritt, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Martin Wagle** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Wasserknappheit begegnen – auch zur Sicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Einrichtung eines Runden Tisches zur immer knapper werdenden Ressource Wasser mit der Zielsetzung, dass es zukünftig nicht nur um einen sparsameren Umgang mit Wasser sondern auch um die nachhaltige Sicherung der ortsnahe Wasserversorgung sowie zu deren Unterstützung um resiliente überregionale Wasserversorgungsstrukturen (Fernwasserversorgungssysteme) gehen soll.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, der drohenden Wasserknappheit in Bayern weiterhin mit umfangreichen und intelligenten Maßnahmen im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel zu begegnen. Dazu ist es aus Sicht des Landtags erforderlich, dass in Bayern ein flächendeckendes Wassermanagement zur Sicherung der Grundversorgung, zum Schutz unseres Trinkwassers, zur Regeneration und ggf. aktiven Ertüchtigung unserer Grundwasserspeicher, zur Verbesserung unserer Gewässerökologie und zum Schutz unserer artenreichen Auwälder weiterentwickelt wird. Ebenso werden belastbare Pläne zur Wasserrückhaltung in der Fläche, zur ganzjährigen Schiffbarkeit unserer Bundeswasserstraßen in Bayern und zur Erzeugung und Speicherung von elektrischer Energie aus Wasserkraft benötigt.

Der Landtag stellt fest, dass diese Maßnahmen im Einklang mit der gesicherten Produktion hochwertiger und regionaler Lebensmittel stehen müssen. Wasser muss auch in Zukunft verlässlich und im notwendigen Maße zur Bewässerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (z. B. Gemüseanbau und Sonderkulturen) zur Verfügung stehen. Der Landtag sieht es als notwendig an, dass im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel die Unterstützung zur Erstellung nachhaltiger, überbetrieblicher Bewässerungsinfrastruktur verstetigt, Wasser- und Bodenverbände gestärkt und deren Aufgaben erweitert werden.

Der Landtag ist der Ansicht, dass eine ressourcenschonende Grundwassernutzung bis zur Erschließung auskömmlicher alternativer Wasserherkünfte (z. B. Speicherseen, Leitungen) weiterhin möglich sein muss.

Begründung:

Wasser ist Grundlage allen Lebens und genießt deshalb verfassungsrechtlich besonderen Schutz. Lange Trockenzeiten und Dürren erfordern daher das vorhandene Lebensgut so nachhaltig zu bewirtschaften und zu verteilen, dass es auch zukünftigen Generationen noch zur Verfügung steht.

Der Klimawandel erhöht die Gefahr von Extremwetterereignissen. Aufgrund zunehmender Trockenheit und Dürrephasen ist ein intelligenter und sparsamer Umgang mit der wichtigen Ressource Wasser erforderlich.

Insbesondere die von der Wasserknappheit besonders betroffene Landwirtschaft muss hierbei unterstützt werden, denn unsere Landwirte sind das Rückgrat des ländlichen Raums und Garanten in Sachen nachhaltiger Ernährungssouveränität. Sie versorgen uns mit regionalen, hochwertigen und vielfältigen Lebensmitteln, gestalten das Bild unserer Heimat und schaffen Lebensqualität in Stadt und Land.

Bayern war, ist und bleibt Vorreiter einer zukunftsgerichteten und nachhaltigen Agrar- und Umweltpolitik. Dies spiegelt sich auch in dem Regierungsprogramm „Landwirtschaft 2030: nachhaltig, smart, fair“ wider. In diesem Sinne ist es unser Ziel, unsere landwirtschaftlichen Betriebe mit bestmöglichen Rahmenbedingungen in eine gute Zukunft zu führen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Martin Schöffel, Kerstin Schreyer, Volker Bauer, Alfons Brandl, Gerhard Eck, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Petra Högl, Dr. Petra Loibl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Hans Ritt, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Martin Wagle** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/29571

Wasserknappheit begegnen – auch zur Sicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft

Der Landtag begrüßt die Einrichtung eines Runden Tisches zur immer knapper werden den Ressource Wasser mit der Zielsetzung, dass es zukünftig nicht nur um einen sparsameren Umgang mit Wasser sondern auch um die nachhaltige Sicherung der ortsnahe n Wasserversorgung sowie zu deren Unterstützung um resiliente überregionale Was serserversorgungsstrukturen (Fernwasserversorgungssysteme) gehen soll.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, der drohenden Wasserknappheit in Bayern wei terhin mit umfangreichen und intelligenten Maßnahmen im Rahmen vorhandener Stel len und Mittel zu begegnen. Dazu ist es aus Sicht des Landtags erforderlich, dass in Bayern ein flächendeckendes Wassermanagement zur Sicherung der Grundversor gung, zum Schutz unseres Trinkwassers, zur Regeneration und ggf. aktiven Ertüchti gung unserer Grundwasserspeicher, zur Verbesserung unserer Gewässerökologie und zum Schutz unserer artenreichen Auwälder weiterentwickelt wird. Ebenso werden be lastbare Pläne zur Wasserrückhaltung in der Fläche, zur ganzjährigen Schiffbarkeit un serer Bundeswasserstraßen in Bayern und zur Erzeugung und Speicherung von elektri scher Energie aus Wasserkraft benötigt.

Der Landtag stellt fest, dass diese Maßnahmen im Einklang mit der gesicherten Pro duktion hochwertiger und regionaler Lebensmittel stehen müssen. Wasser muss auch in Zukunft verlässlich und im notwendigen Maße zur Bewässerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (z. B. Gemüseanbau und Sonderkulturen) zur Verfügung stehen. Der Landtag sieht es als notwendig an, dass im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel die Unterstützung zur Erstellung nachhaltiger, überbetrieblicher Bewässerungsinfrastruktur verstetigt, Wasser- und Bodenverbände gestärkt und deren Aufgaben erweitert werden.

Der Landtag ist der Ansicht, dass eine ressourcenschonende Grundwassernutzung bis zur Erschließung auskömmlicher alternativer Wasserherkünfte (z. B. Speicherseen, Leitungen) weiterhin möglich sein muss.

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Patrick Friedl

Abg. Ralf Stadler

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Christoph Skutella

Abg. Benno Zierer

Staatsminister Thorsten Glauber

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zur weiteren Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wirksamer Wasserschutz für Bayern (Drs. 18/29506)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Wasserknappheit begegnen - auch zur Sicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft (Drs. 18/29571)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Fraktionsvorsitzenden Ludwig Hartmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben in Bayern gerade eine extreme Trockenheit. Wir hatten bereits einen extrem trockenen Winter. Im Frühjahr hatten wir in vielen Teilen Bayerns beim Grundwasser Rekorde bei den Niedrigständen. In Mittelfranken haben wir zum Beispiel die Gemeinden Weißenburg und Feuchtwangen. Dort hat es jetzt seit 40 Tagen nicht mehr geregnet. In Südbayern sieht es kaum besser aus. In Gilching im Landkreis Starnberg hat es seit 35 Tagen nicht mehr geregnet.

Am vergangenen Wochenende, am Freitag und Samstag, war ich im von der Dürre geplagten Unterfranken unterwegs. Ich kann Ihnen sagen: Die Menschen dort erwarten endlich Taten, konkretes Handeln, um ihr Grundwasser zu sichern, keine weiteren große PR-Shows wie die, die gestern abgeliefert worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gestern wurde ein Runder Tisch abgehalten. Wir haben erlebt, dass die Umweltverbände, die sich seit Jahrzehnten dafür einsetzen, unser Grundwasser, unser Trinkwasser besser zu schützen, die Konzepte erarbeiten, gar nicht eingeladen wurden; sie waren gar nicht mit am Tisch. Das zeigt doch: Sie haben den Ernst der Lage bis heute nicht verstanden.

Wir wollen unser blaues Gold, unser Wasser, besser schützen für uns, unsere Kinder und unsere Enkelkinder. In Ihrem nachgezogenen Antrag heißt es wörtlich:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, der drohenden Wasserknappheit in Bayern weiterhin mit umfangreichen und intelligenten Maßnahmen im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel zu begegnen.

Übersetzt heißt das: Es gibt kein zusätzliches Personal für die Wasserwirtschaftsämter; es gibt kein zusätzliches Geld, um die Maßnahmen umzusetzen. So wird das nicht funktionieren.

(Tobias Reiß (CSU): Doch! Wenn man sie im Haushalt zur Verfügung stellt, gibt es die Stellen!)

– Im Haushalt ist der Ansatz für diesen Bereich um 0,6 % gestiegen. Das entspricht nicht einmal der Inflation. Damit wird man nichts erreichen können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Klimakrise ist da. Bayern trocknet aus, und die CSU schaut zu. Das ist Fakt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben in unserem heutigen Dringlichkeitsantrag sechs Sofortmaßnahmen benannt, die man umgehend umsetzen kann; denn Maßnahmen wie große Wasserpipelines, die vielleicht in 30 oder 40 Jahren fertig sind, werden das akute Problem, vor dem unsere Kommunen jetzt stehen, nicht lösen können. Nebenbei sei auch gesagt: Sie

schaffen es nicht einmal, eine Stromleitung zu bauen. Ich zweifle daran, dass Sie eine Wasserpipeline bauen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine ganz konkrete Maßnahme, die man umgehend aufs Gleis setzen müsste, ist ein Turbo beim Ausweisen unserer Wasserschutzgebiete. 400 Anträge auf Erweiterung von Wasserschutzgebieten liegen in Bayern vor, teilweise seit über zehn Jahren. In diesem Bereich geht gar nichts voran. Bayern hat gerade einmal 5 % der Landesfläche als Wasserschutzgebiete ausgewiesen. Der Minister hat gestern vor laufender Kamera gesagt, das sei trotzdem besser als in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg hat eine deutlich niedrigere Nitratbelastung

(Zuruf des Staatsministers Thorsten Glauber)

– das ist kein Schmarrn! –, deutlich weniger Rückstände von Pflanzenschutzmitteln im Grundwasser und hat 25 % der Landesfläche als Wasserschutzgebiete ausgewiesen. Herr Minister, in Bayern ist es aktuell so: Wenn eine Kommune einen Brunnen hat, liegt nicht der gesamte Einzugsbereich im Wasserschutzgebiet. Das ist fahrlässig. Das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer, ganz entscheidender Punkt ist, endlich einen Überblick darüber zu bekommen, wie viel Grundwasser in Bayern eigentlich entnommen wird. Man kann es sich kaum vorstellen: Die Staatsregierung hat keinen Überblick; auch Ihr Haus hat keinen Überblick, wie viel Grundwasser aktuell benötigt wird. Im Januar hieß es in einer Antwort auf eine Anfrage von uns nur, über die Summe aller jährlichen Entnahmen in Bayern liegen keine zusammenfassenden Zahlen vor. Man weiß nicht, wer wann wie viel Wasser in Bayern entnimmt. Wir brauchen dringend ein digitales Wasserbuch, in dem nicht nur die Genehmigung, sondern auch die entnommene Menge erfasst wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Kernpunkt unserer sechs Forderungen ist, Wasser in der Fläche zu halten. Das gehört zu den Maßnahmen, die man, wie ich vorher gemeint habe, umgehend umsetzen müsste, weil sie sofort Wirkung zeigen. Wenn es wieder stark regnet, zeigt das sofort Wirkung, weil das Wasser in der Fläche bleibt und in der Fläche versickern kann.

In Bayern sprechen alle von Auwäldern, die man neu schaffen sollte. Das ist völlig richtig. Von 2021 bis 2020 hat Bayern pro Jahr durchschnittlich gerade einmal 14 Hektar neue Auwälder geschaffen.

(Zuruf von der CSU: Von 2021 bis 2020?)

14 Hektar pro Jahr durchschnittlich! In 20 Jahren waren das gerade einmal 270 Hektar. Zum Vergleich: Täglich verschwinden über 10 Hektar Wiesen und Äcker in Bayern unter Beton und Asphalt. Das ist Ihre Politik. So schützen wir nicht unser wichtiges Gut: unser Wasser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine andere Maßnahme, die entscheidend ist, um Wasser in der Fläche zu halten, ist die Renaturierung von Mooren. Vor zwei Jahren fand – oft angekündigt – eine große PR-Show im Donaumoos statt. Viel Geld wurde versprochen. Seit zwei Jahren wurde jedoch mit dem neuen Programm kein einziger Quadratmeter renaturiert. Das ist Ihr Versagen.

Dies zeigt sich auch bei den staatlichen Moorflächen. Der Freistaat Bayern besitzt – ich rede vom eigenen Besitz des Staates, ich spreche nicht von anderen – 30.000 Hektar Mooregebiete. Davon sind gerade einmal 4.000 Hektar renaturiert. Sie schaffen aktuell 100 Hektar pro Jahr. Das heißt, für die weiteren 26.000 Hektar brauchen Sie 240 Jahre, um zum Erfolg zu kommen. Diese Zeit haben wir nicht.

Das zeigt: Sie trödeln dort; Sie haben kein Interesse, keinen Mut und keine Entschlossenheit, unser Wasser endlich richtig zu schützen und dafür zu sorgen, dass Wasser

in der Fläche bleibt, versickern kann und sich der Grundwasserkörper wieder regenerieren kann. Dafür brauchen wir Maßnahmen, die man jetzt umsetzen muss. Dieser Verantwortung werden Sie nicht gerecht. Ihre Maßnahmen greifen kurzfristig nicht; sie greifen aber auch nicht langfristig.

Zusammenfassend kann man sagen: Nach dem gestrigen PR-Zirkus, den Söder abgehalten hat, sieht man ganz deutlich, dass man für den Schutz unseres Trinkwassers eine weitsichtige Politik braucht. Aber Weitsicht und Markus Söder – das geht nicht zusammen. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Herr Kollege Eric Beißwenger. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Hartmann, in Sachen PR-Show können Sie, glaube ich, auch etwas beitragen; das hat man gerade wieder gesehen.

Wir begrüßen ausdrücklich die Einrichtung eines Runden Tisches

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ohne Umweltverbände!)

zur Ressource Wasser mit der Zielsetzung eines sparsamen Umgangs mit Wasser, der nachhaltigen Sicherung der ortsnahen Wasserversorgung und der Unterstützung der Sicherung von Resilienzen der überregionalen Wasserversorgungsstrukturen.

Wasser ist verfassungsrechtlich besonders geschützt. Der Klimawandel erhöht auch die Gefahr von Extremwetterereignissen. Aber man muss eines ganz klar sagen: Wir werden den Klimawandel nicht unbedingt aufhalten können. Deshalb brauchen wir Anpassung und Resilienz. Wir sind der Meinung – wenn Sie unseren Antrag nicht sehr

toll finden, stört uns das nicht –, dass die von der Wasserknappheit besonders betroffene Landwirtschaft hierbei unterstützt werden muss.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie muss aus einem einfachen Grund unterstützt werden: Trinkwasser ist Lebensmittel Nummer eins. Aber die Ernährungssicherheit ist auch ganz besonders wichtig. Wir müssen feststellen, dass einige Landstriche in Europa wie beispielsweise Spanien zunehmend verwüsten und vertrocknen. Folglich werden Obst und Gemüse künftig nicht mehr von dort kommen, sodass wir auch bei diesem Thema etwas vorhalten müssen. Hier geht es um Ernährungssicherheit. Die Landwirtschaft ist nicht das Problem, sondern ein Teil der Lösung. Das wollen wir ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ihre Grauwassernutzung mit Regenwasserzisternen finden wir gut. Der Bund, Ihre Ampel-Regierung, plant da ein Förderprogramm. Wir sehen diesem erwartungsvoll entgegen und warten, was da kommen wird. Wir finden aber, dass der Schutz des Trinkwassers und auch die Regeneration sowie gegebenenfalls Ertüchtigung von Grundwasserspeichern auch im Fokus sein müssen. Deshalb legen wir Wert darauf, die Infiltration, die Grundwasserneubildung, zu untersuchen. Wir legen mehr Wert auf die Mehrfachnutzung von Wasser.

Ich möchte aber noch eines sagen: Sie reden immer vom Klimawandel, wenn es eine Hitzeperiode gibt, aber als es im Frühjahr so viel geregnet hat, war es halt schlechtes und kaltes Wetter.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Es sind die Wetterextreme, die zunehmen! Dürre und starker Regen sind Wetterextreme!)

Man kann sich das immer einreden, wie man will. Bayern ist aber – das kann ich Ihnen sagen – nicht homogen. Die Dürre mag es durchaus in manchen Regionen geben, aber generell ist Bayern nicht homogen. Mir geht es nicht nur um die Trockenheit in

Franken, die Sie immer wieder betonen, sondern es gibt in anderen Landstrichen wie in Niederbayern auch Gebiete, wo wir einfach die Wasserversorgung auch für die Landwirtschaft sicherstellen müssen. Auch wir im Allgäu haben dieses Thema; das muss man ganz klar feststellen. Hier geht es aber beispielsweise auch um die Wasserableitung. Der landwirtschaftliche Boden wäre bei uns kaum noch nutzbar, wenn – wie es in manchen Köpfen herumgeistert – alle Drainagen in Bayern zurückgebaut würden. Ich höre immer wieder Dinge wie "keine Brunnen mehr für die Landwirtschaft nutzen", "Rückbau von Drainagen" und "am liebsten die Flurbereinigung rückabwickeln" – so etwas kann es nicht geben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Klimawandel erfordert einfach eine Anpassung, die Resilienz. Da müssen wir stark und noch stärker werden. Das ist völlig klar. Ich kann nur noch einmal ganz deutlich sagen, dass wir den Runden Tisch und die gestrige Veranstaltung begrüßen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Kollegen Patrick Friedl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Beißwenger, ich habe zwei Fragen zu Ihrem Papier. Sie haben zum einen reingeschrieben, dass Sie ein flächendeckendes Wassermanagement zur Sicherung der Grundversorgung möchten. Gibt es das also noch nicht? Was bemängeln Sie? Was wollen Sie damit? Wo fehlt es? – Sie sagen, dass eigentlich alles wunderbar ist; das hören wir ja immer. Aber das ist offenkundig nicht so, sonst würden Sie das ja nicht einfordern.

Das andere ist: Sie fordern ganzjährig schiffbare Bundeswasserstraßen. Was haben wir da zu erwarten? Was bedeutet das für die Donau bei sinkenden Wassermengen? Sie haben gerade von der Trockenheit gesprochen. Die Trockenheit trifft aber ganz

Bayern. Wir sehen, dass die Trockenheit mittlerweile überall Platz greift. Sie wissen hoffentlich, welche Mengen an Grundwasser wir in allen Regionen Bayerns verloren haben. Daher müssen wir uns überall intensiv um das Thema kümmern.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte schön, Herr Kollege Beißwenger.

Eric Beißwenger (CSU): Herr Friedl, danke für Ihre Fragen. Sie haben die Schiffbarkeit angesprochen. Das ist genau das, was ich sage, nämlich Mehrfachnutzung. Wasser ist nicht nur für einen Aspekt da. Wir wollen zum Beispiel auch, dass Speicherseen verschiedene Funktionen haben. Man kann Speicherseen auch energetisch nutzen. So ist es ja nicht. Sie führen an, dass wir die Sicherung der Grundversorgung wollen. Selbstverständlich wollen wir diese. Wir müssen uns doch anpassen, auch wenn es im Moment viele Maßnahmen sind. Fragen Sie im Umweltministerium nach. Viele Maßnahmen sind in der Pilotphase oder beginnen gerade. Viele Maßnahmen laufen. Deshalb müssen wir uns weiterhin anpassen und weiterkommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Kerstin Celina (GRÜNE): Das ist doch keine Antwort auf die Frage!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Kollege Ralf Stadler für die AfD-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, werte Abgeordnete! Schützen wir lieber das Wasser vor den GRÜNEN, würde ich sagen. Die sogenannte Handreichung zur Umsetzung, die die GRÜNEN parallel zum Dringlichkeitsantrag ins Netz gestellt haben, strotzt wie immer vor Panikmache, um die Bürger für ihre Zwangsmaßnahmen gefügig zu machen.

Wir haben keine Klimaüberhitzung. Wir sind weder in der Wüste Gobi noch in der Sahelzone. Es ist endlich Sommer nach diesem extrem nassen und kühlen Frühjahr. Wir

leben auch nicht in einer außergewöhnlichen Heißzeit, sondern stehen am Anfang einer Warmzeit, die sich an die sogenannte Kleine Eiszeit anschließt. Im Vergleich zu den kühlen Durchschnittstemperaturen der ausgehenden Kleinen Eiszeit erscheinen die heutigen Temperaturen überhöht; das nennt man Basiseffekt. Solche Warmzeiten hat es in der Erd- und Menschheitsgeschichte schon öfter gegeben. Die GRÜNEN und ihre Umweltideologen nutzen das aus, um ihre Ziele zum Schaden der Bürger umzusetzen und ihnen das restliche Geld aus der Tasche zu ziehen.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das beste Beispiel ist das bescheuerte Heizungsgesetz, gegen das über 10.000 Menschen in Erding demonstriert haben. Die Expertenanhörung – –

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Zum Thema!)

– Hört zu! Die Expertenanhörung am 23.03. im Umweltausschuss mit dem Titel "Zukunft der Wasserwirtschaft in Zeiten der Klimaerhitzung" zeigte ganz klar: Der sogenannte Klimawandel und das Schüren der allgegenwärtigen Klimahysterie dient den Altparteien nur als Sündenbock für ihre politischen Fehlentscheidungen und Umweltsünden der letzten Jahrzehnte. So schaut es aus.

Die Anhörung zeigte auch, dass sowohl die größten Herausforderungen für die Wasserwirtschaft als auch der größte Schaden an unserem Landschaftswasserhaushalt durch politisch gewünschtes und behördlich genehmigtes Handeln hervorgerufen wurden, wie die Flurbereinigung, die Versiegelung von Flächen, die Begradigung von Flüssen und andere strukturelle Eingriffe in unsere Kulturlandschaft wie in Simbach am Inn, im Ahrtal und in Fischerdorf bei Deggendorf. Das alles sind Treiber des landnutzungsgetriebenen Klimawandels, der von den Experten als Hauptproblem ausgemacht wurde.

Der Einfluss auf den emissionsgetriebenen Klimawandel ist auch laut der Expertenmeinung minimal. Dies bedeutet, dass unsere lokalen Emissionen keinen merklichen

Effekt auf das Klima haben. Das steht im Gegensatz zum Grund- und Regenwasser-Management und anderen Maßnahmen, die dazu beitragen, den Niederschlag in der Fläche zu halten und die Verdunstung anzukurbeln. Ich möchte mich jetzt nicht länger damit aufhalten, auf alle im Antrag genannten Punkte einzugehen. Daher greife ich nur einzelne exemplarisch heraus:

Punkt 4. Wassersparen und Grauwassernutzung bekommen Vorrang. – Ja, einverstanden. Die Nutzung von Niederschlagswasser in einem Brauchwassersystem bietet vielfältige Vorteile für die örtliche Wasserinfrastruktur und Umwelt. Die Nutzung von Niederschlagswasser bei der Toilettenspülung oder der Gartenbewässerung ist äußerst wirkungsvoll.

Wenn Ihnen also so viel an der sparsamen Nutzung liegt, dann reden Sie erst einmal mit Ihrem Kinderbuchautor, der am liebsten das Wasser aus der Kloschüssel trinken möchte. Vielleicht war das auch der Grund, warum Sie unseren Antrag – "Regenwasser statt Trinkwasser zur Fäkalienbeseitigung" – am 30.06. abgelehnt haben. Wissen Sie eigentlich, dass wegen Ihrer verfehlten Willkommenspolitik laut Statista seit 2015 sage und schreibe über 12 Millionen Menschen in Deutschland zugewandert sind? Bei einem täglichen Verbrauch von 128 Liter pro Person bedeutet das einen Mehrverbrauch an Trinkwasser von 560 Millionen Kubikmeter Wasser im Jahr. Das ist mehr als der Inhalt des Königssees; und der ist schon sehr, sehr tief.

Ist Trinkwasserschutz für Sie nur bedeutsam, wenn die Maßnahmen dafür von den GRÜNEN stammen? Meine Damen und Herren, wir brauchen einen echten Umweltschutz statt Klimahysterie.

Beim nachgezogenen CSU-Wahlkampfdringlichkeitsantrag frage ich mich, wie er mit der zunehmenden Bebauung wertvoller Ackerflächen mit Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Einklang zu bringen ist, die Ihre Staatsregierung rauf und runter propagiert. Dabei hat die Staatsregierung, ausweislich der letzten Debatte im Landwirtschaftsaus-

schuss, noch nicht einmal einen Plan, wie viele wertvolle Ackerflächen den erneuerbaren Energien geopfert werden können.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zwischen der Wasser-Rhetorik der CSU und dem Wasser-Handeln des Ministerpräsidenten und der CSU klafft eine dramatische Lücke. Das ist nichts Überraschendes. Das war schon bisher so. In dieser Legislaturperiode ist diese Lücke besonders groß. Es gibt viele Ankündigungen, aber kaum Umsetzungen. Der Wassercent wurde angekündigt; er soll aber definitiv nicht in dieser Legislaturperiode kommen. Es gibt keine grundlegende Verbesserung für den Schutz der Wasserressourcen. Wir haben einen dramatischen Rückstand bei der Ausweisung der Wasserschutzgebiete. Das ist die wasserpolitische Bilanz dieser Legislaturperiode.

Es wurde nicht nur nichts vorangebracht; von der CSU wurde auch der ernsthafte Versuch gestartet, den Schutz des Grundwassers und des Tiefengrundwassers in Bayern deutlich aufzuweichen. Ich denke an die Anträge der CSU und der FREIEN WÄHLER beim Landesentwicklungsprogramm. Erst nach einem dramatischen Aufschrei der Opposition, der Umweltverbände und der kommunalen Wasserfamilie mussten Sie – ich sage "vorläufig" – von Ihren politischen Plänen Abstand nehmen.

Last, but not least: Vor der gestrigen Wasserkonferenz habe ich gedacht: Jetzt wird in dieser Legislaturperiode endlich konkret gehandelt. Die Worte wurden verwendet: Wasserexistenzfrage, Megaherausforderung und Friede ums Wasser. Größer und besser könnte die Rhetorik nicht sein. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, kleiner und schlechter ist die Umsetzung. Das konkrete Ergebnis der gestrigen Sitzung könnte auch nicht kleiner und schlechter sein.

(Beifall bei der SPD)

Statt konkreter Maßnahmen gab es wieder nur Vertröstungen auf die nächste Legislaturperiode. Dieses Gesamtbild kann ich aus meiner Heimatregion Mainfranken eins zu eins belegen. Um den Erhalt des Schwarzen Moores in Rhön-Grabfeld gab es einen jahrelangen Streit zwischen dem Umwelt- und dem Landwirtschaftsministerium. Die Bergtheimer Mulde ist bei uns ein Hotspot: Wir haben den Klimawandel und Nutzungskonflikte zwischen der Landwirtschaft und den Kommunen. Seit 2017 sind Lösungen zugesagt. Auf ein konkretes operatives Niedrigwassermanagement wartet diese Region immer noch. Auch hier gibt es keine Einigung zwischen dem Umwelt- und dem Landwirtschaftsministerium. Es fehlen Kontrollen und Bewirtschaftungsaufgaben. Ich könnte die Liste nach den Recherchen der "Main-Post" und des Bayerischen Rundfunks fortsetzen. Wir haben keinen Überblick über die tatsächlichen Entnahmen. Das ist ein Armutszeugnis und ein Offenbarungseid. Wir wissen nicht einmal, wie stark der Raubbau an unserem Grundwasser in Bayern ist. Das ist doch ein Skandal.

(Beifall bei der SPD)

Dafür gibt es natürlich Ursachen: Die Wasserwirtschaft in Unterfranken wurde massiv geschwächt. Ich nenne den Personalabbau und die Auflösung des Wasserwirtschaftsamts Würzburg. Jetzt bräuchten wir dieses Wasserwirtschaftsamt. Im Klima-Hotspot und im Mittelpunkt der Wasserkrise besteht eine empfindliche Lücke bei der Behörden- und Vollzugskontrolle. Die dringend notwendige Ausweisung von Wasserschutzgebieten, beispielsweise im Würzburger Westen, wird weiter verzögert. Planungen für den integrierten Hochwasserschutz in besonders gefährdeten Regionen, zum Beispiel an der Schwarzach im Landkreis Kitzingen, bleiben bei den Wasserbehörden des Freistaats gerne lange Jahre unbearbeitet liegen.

Aus diesen Gründen unterstützen wir diesen Dringlichkeitsantrag trotz mancher Punkte, die wir uns genau anschauen müssen. Wir müssen uns folgende Fragen stellen: Können wir auf Fernwasserprojekte definitiv verzichten? Können wir ein Umsetzungs-

konzept für die vierte Reinigungsstufe auf den Weg bringen? Brauchen wir in jedem Regierungsbezirk ein zusätzliches Wasserwirtschaftsamt? Klar ist aber: Wir brauchen in ganz Bayern eine echte Kraftanstrengung für mehr Wasserschutz, nicht nur mit Worten, sondern endlich mit Taten, nicht widersprüchlich, sondern konsequent. Aus diesen Gründen unterstützen wir den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Christoph Skutella für die FDP-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dringlicher und zeitlich passender kann man keinen Dringlichkeitsantrag formulieren. Das ist in diesem Hause nicht immer üblich. Wir diskutieren bei Dringlichkeitsanträgen häufig über Themen, die nicht so akut sind. Dieses Thema ist aber wirklich sehr passend.

Angesichts der aktuellen Lage enthält Ihr Dringlichkeitsantrag wirklich sinnvolle Punkte. Es stehen darin gute Forderungen. Herr Kollege Halbleib hat sie gerade angesprochen, kommt aber zu einem anderen Schluss als ich. Der Dringlichkeitsantrag enthält aber auch Punkte, die wirklich über das Ziel hinausschießen.

Zu den Punkten, die eine Berechtigung haben, gehören die angemessene Unterstützung der Kommunen bei der Sturmflutvorsorge und die Renaturierung von Auen und Mooren. Hier besteht in Bayern ein massives Defizit. Wir hatten dazu eine Anhörung, die wichtige Erkenntnisse gebracht hat. Jetzt müssen wir in die Umsetzung gehen und Gas geben. Hier sind Investitionen dringend notwendig. Wenn es sich jedoch nicht um Grundstücke im Besitz des Staates handelt, wissen wir alle, dass wir diese Fragen immer mit dem privaten Eigentümer klären müssen. Das dauert leider seine Zeit.

Wir haben leider wenig Entwicklung beim Schwammstadtkonzept. Das wollen wir gerne unterstützen. Wir brauchen zur Wasserentnahme eine solide Datenlage. Wir brauchen Daten, um zu wissen, wie wir überhaupt steuernd eingreifen können.

Bei der Forderung zu den Wasserschutzgebieten und den Wasserwirtschaftsämtern sind wir differenzierter. "Turbo-Ausweisung" klingt super. Da wäre ich sofort dabei. Ich glaube aber, dass die Behörden vor Ort bereits sehr fleißig, gewissenhaft und zügig arbeiten. Die Kritik an den Fernwasserprojekten lassen wir so auch nicht stehen. Ich glaube, künftig wird manche Kommune auf diese Leitungen angewiesen sein. Natürlich brauchen wir auch mehr Akutmaßnahmen. Perspektivisch brauchen wir aber auch Fernwasserleitungen.

Den Forderungen, eine Mindestanzahl von Mitarbeitern in der Wasserwirtschaft festzulegen und ein Wasserwirtschaftsamt pro Bezirk einzurichten, können wir so pauschal nicht zustimmen. Natürlich wäre eine Stellenmehrung wichtig; denn die Mitarbeiter sind überlastet. Aber die Festlegung von 3.000 Mitarbeitern und einem Wasserwirtschaftsamt pro Bezirk halten wir für übertrieben.

Die Landwirtschaft wird in diesem Dringlichkeitsantrag völlig vergessen. Die CSU hat deshalb einen Dringlichkeitsantrag nachgezogen. Wir müssen das Wasser in der Fläche halten und dürfen nicht alles ableiten. Das ist entscheidend und geht nur mit der Landwirtschaft. Deswegen werden wir dem Dringlichkeitsantrag der CSU zustimmen und uns zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN der Stimme enthalten. Wir würden uns wünschen, dass aus einer Melange beider Anträge die Power entsteht, die wir für das Wasser in Bayern brauchen. Dieses Thema ist zu wichtig, um damit Klein-Klein-Politik zu betreiben.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Benno Zierer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit seiner Regierungserklärung "Wasserzukunft Bayern 2050" hat Umweltminister Thorsten Glauber bereits im Oktober 2020 den Weg vorgegeben, den wir in Bayern zum Schutz unseres Lebensmittels Wasser beschreiten wollen. Das Wasser speichern, verteilen, schützen und schätzen, das waren damals die Schlagworte und der Blick in die Zukunft. Unser Wasserminister Thorsten Glauber hat in seinem Haus zu diesem Thema Vorarbeit geleistet. Der gestrige Runde Tisch war nur der Startschuss zu einer groß angelegten Serie von Dialogprozessen mit Beteiligten, die in diesem Bereich arbeiten. Sie müssen ins Boot geholt werden. Die Devise lautet: Akzeptanz schaffen.

Wir wissen nicht erst seit dem Heizungsgesetz des Bundes, dass die GRÜNEN anders vorgehen. Sie erarbeiten ein Gesetz, das nur aus eigenen Ideen besteht, und pauken es dann durch. Eigentlich müssten Sie gelernt haben, dass das kein guter Plan ist. Aber die GRÜNEN haben nichts gelernt. Sie haben nichts kapiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bei einem so großen Projekt muss man nicht nur die Kommunen, sondern auch die Bevölkerung mitnehmen; denn es wird große Änderungen und Einschnitte in einem Ausmaß geben, das wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Das betrifft die Industrie, die Landwirtschaft und die Haushalte. Alle werden das spüren. Sie haben leider nicht kapiert, dass wir bei einem solch umfassenden Thema die Bevölkerung mitnehmen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dieses Zukunftsprojekt müssen wir zunächst einmal den Wasserversorgern vermitteln. Dabei müssen wir sie als Fachleute ständig konsultieren. Das wird eine der Hauptaufgaben dieser Arbeitsgruppen sein. Die Wasserversorger sind die Fachleute, die uns beraten und den Weg mitgehen müssen.

Sie wollten eigentlich ein Wassersicherungsgesetz einbringen. Dieser Dringlichkeitsantrag ist wohl das, was davon übrig geblieben ist. Das sind schon zum großen Teil Dinge, die eh schon auf dem Weg sind: digitale Wasserzähler und eine Wasserdatenbank – die kommt sowieso –, die Schwammstadtinitiative gibt es bereits, und auch die starke Unterstützung von Kommunen beim Regenrückhalt in der Fläche. Es wird bereits gearbeitet, aber das Ganze ist so komplex, dass es nicht über Nacht passiert. Kinder schreien: Ich brauch sofort! Ich brauch sofort! – Wir müssen an den Dingen arbeiten, und genau das wird getan.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Zu den Wasserschutzgebieten – das ist ein Lieblingsthema von Ihnen – kommt immer wieder dieselbe Leier. Pauschal eine Flächengröße festzulegen, macht doch überhaupt keinen Sinn. Jetzt wollen Sie 10 %. Es gab schon mal einen Antrag von Ihnen, da wollten Sie 12 %.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Ich habe es an dieser Stelle schon einmal gesagt: Es kommt nicht auf die Größe an.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Bei Ihnen schrumpfen Wasserschutzgebiete!)

– Ey! Ich habe Sie auch ausreden lassen. Halten Sie Ihre Raffel, ich habe Sie auch ausreden lassen! Hören Sie auf!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ein Kindergarten! Das ist eine Kindergartenpolitik. Was Sie hier betreiben, ist dieses Themas unwürdig. Kindergartenpolitik ist das.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es kommt nicht auf die Größe eines Trinkwasserschutzgebietes an. Wir haben in Freising bei einer Einwohnerzahl von 50.000 ein kleines Gebiet; das haben wir mit den

Landwirten ausgearbeitet. Wir haben privatrechtliche Verträge mit denen gemacht, und es funktioniert hervorragend. Alle, die vorher gesagt haben, das geht nicht, werden seit dreißig Jahren eines Besseren belehrt. Das ist Zusammenarbeit und Akzeptanzerzeugung.

Genauso bei den Hopfenbauern in der Holledau, die sorgen sich auch wegen der Trockenheit, die Probleme in der Züchtung und in der Produktion bereitet. Hier braucht man auch Wasser für die Beregnung, aber natürlich nur zu bestimmten Zeiten. Dann muss man es aber ermöglichen, sonst kann dort keine Qualität erzeugt werden.

(Zuruf von der CSU: Bravo!)

Das ist so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir waren mit Umweltminister Glauber draußen in der Holledau und haben die Themen intensiv mit den Leuten diskutiert. Der Kontakt zum Pflanzerverband ist auf einem sehr hohen Niveau. Er wird von beiden Seiten auch verstanden. Dort wurden Pilotprojekte gefördert, verschiedene Konzepte erprobt. Nun wird es einen Fachaustausch geben, und dann werden wir zu einer Lösung kommen, bei der der Schutz des Wassers den gleichen Stellenwert erhält wie die Unterstützung der Hopfenbauern.

Aufgrund der Qualität lehnen wir den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ab. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Zierer, es liegt eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Kollegen Patrick Friedl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Zierer, Sie haben über die Wasserschutzgebiete gesprochen. Wir haben im Herbst einen Gesetzentwurf vorgelegt, wo-

nach bei der Bearbeitung von Wasserschutzgebieten eine Verlagerung auf die Bezirksregierungen möglich sein soll. Das haben Sie abgelehnt. Sie sprachen davon, dass man gute Ideen annimmt; Sie lehnen immer ab. Ihr Minister hat nun gestern verkündet, genau dies tun zu wollen.

Dazu haben wir schon lange ein digitales Wasserbuch gefordert. Jetzt haben Sie gesagt, das sei ohnehin schon auf dem Weg. Ich habe verpasst, wann das verkündet worden ist, dass es auf dem Weg ist. Vielleicht können Sie mir sagen: Sollen in diesem Wasserbuch dann auch Wasserentnahmen enthalten sein? Sollen bayernweit Wasserentnahmen erfasst werden?

Das Dritte: der Wasserent. Warum wurde der Wasserent-Gesetzentwurf nicht vorgelegt, und wie ordnen Sie das ein?

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, wir werden in der zukünftigen Diskussion alles abarbeiten, was bereits vom Ministerium angestoßen worden ist. Wir sollten bei einer so diffizilen Materie wie den Wasserschutzgebieten unbedingt Hand in Hand mit den Kommunen und den Landwirten vor Ort arbeiten; dann nämlich wird das akzeptiert.

Wir in Freising haben keine zehn Jahre gebraucht. Wir haben das Ganze in zwei Jahren durchgezogen, nachdem klar war, wohin der Weg geht. Alle Landwirte haben mitgezogen und sagen heute, sie würden den Weg sofort wieder gehen. Die Planung war ungefähr zehnmal so groß – nutzlos, sinnlos. Wir haben in Freising noch ein anderes Problem, und zwar bekommen wir den Dreck von München. Das heißt, wir müssen in der Landwirtschaft sauberer arbeiten, als es anderswo notwendig ist, weil wir auch den Dreck von München verarbeiten müssen. Trotzdem funktioniert's – mit Sachverstand und Hirn und nicht mit Kindergartengeschwätz: Wir müssen morgen, morgen, morgen!

(Kerstin Celina (GRÜNE): Aber Sie tun's halt nicht!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Zierer, Sie haben eine Minute für Ihre Antwort.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Wir werden es sinnvoll aufarbeiten, und das macht unser Ministerium.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für die Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatsminister Thorsten Glauber. Bitte, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Sitzungssaal.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Der gestrige Runde Tisch war ein Bestandteil unserer Wasserstrategie Bayern 2050 in der Wasserversorgung. Die Wasserversorgung – das hat natürlich auch die Debatte hier gezeigt – ist durch den Klimawandel eine Herausforderung. Eine Herausforderung zu meistern, bedeutet aber auch, die Weichen früh zu stellen.

In der Regierungserklärung im Jahr 2020 haben wir aufgemacht, was am Ende des Tages in dem Spannungsfeld zwischen Wasser zu speichern und zu verteilen und Wasser zu schützen und zu schätzen zu tun ist. Diese Aufgabe sind wir kraftvoll angegangen. 70 Maßnahmen sind in Umsetzung. Ich finde es schon ein Stück weit beschämend gegenüber den Kolleginnen und Kollegen aus der Wasserwirtschaft und den vielen Kolleginnen und Kollegen draußen in den Gemeinden, die in den letzten Jahren in Partnerschaft mit uns im Rahmen der RZWas die kommunale Wasserversorgung ertüchtigt, umgebaut und auf einem Spitzenniveau hochgezogen haben. Das ist hervorragende kommunale Arbeit mit der Wasserwirtschaft in Bayern. Dafür haben diese Frauen und Männer der Wasserwirtschaft großen Applaus verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Immer wieder wird Baden-Württemberg als Beispiel genannt. Lieber Kollege Hartmann, Sie wissen doch genau, dass Baden-Württemberg und Bayern bei der Wasserversorgung überhaupt nicht miteinander vergleichbar sind. Warum machen Sie immer wieder den gleichen Fehler, dass Sie Baden-Württemberg und Bayern vergleichen?

(Zuruf des Abgeordneten Cemal Bozoğlu (GRÜNE))

– Nein, weil es eben nicht passt. Bayern hat rund 2.200 Wasserversorger mit rund 3.300 Wassergewinnungsstellen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Das müssen Sie sich halt leider anhören. Jetzt hören Sie zu! – Baden-Württemberg hat rund 390 Wasserversorger, Bayern 2.200. In Bayern ist Wasser ein lokales Produkt. In Bayern wird Wasser vor Ort gewonnen; in Bayern wird Wasser wertgeschätzt, und in Bayern wird vor Ort in die Wasserversorgung investiert, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

In Baden-Württemberg werden 25 % des Trinkwassers aus dem Bodensee gewonnen. Das ist gut und richtig.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Und Sie gehen auch bald baden!)

In Bayern wird Wasser vor allem aus dem Grundwasser gewonnen, im Prinzip aus den Brunnenanlagen, aus der Versorgung der Bürger vor Ort. Das ist natürlich aufwendig. Sie müssen sich vorstellen: Anders als in Baden-Württemberg haben wir eben deutlich weniger Fernwasserversorger. Wir haben deutlich mehr lokale Strukturen, und wir haben deutlich mehr Wasserversorgungsleitungen, die noch dazu auf einem hohen Niveau sind. Der Anschlussgrad der Bürgerinnen und Bürger an die öffentliche Wasserversorgung liegt im Flächenland Bayern bei 99 %, über Berg und Tal, über alle Re-

gierungsbezirke, und zwar zu einem Preis – den müssen Sie sich jetzt auch noch anhören –, der im Durchschnitt 70 Cent pro Kubikmeter niedriger liegt als in Baden-Württemberg. Das ist bisher der bayerische Weg gewesen, und den werden wir auch in der Wasserzukunft Bayern 2050 mit ganzer Kraft weitergehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben in dieser Periode 440 Million Euro Fördermittel im Rahmen der RZWas für die Ertüchtigung der Abwassersysteme und damit Kanäle der Gemeinden ausgegeben. Warum investieren wir? – Mit 60 Millionen Euro ist in diesem Auszahlungsjahr ein hoher Betrag in Abwasseranlagen geflossen, um letztlich auch das Grundwasser zu schützen; denn gute Abwasseranlagen sind auch Wasserschutz. Im Flächenland Bayern sind 97 % der Haushalte an eine gute Abwasseranlage, an eine vom Freistaat und den Regierungsfractionen und durch starke RZWas geförderte Kläranlageninfrastruktur angeschlossen. Das ist Grundwasserschutz, wie wir ihn in Bayern leben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wie wird am Ende die Redundanz sichergestellt? Für Redundanz in der Trinkwasserversorgung braucht es am Ende auch Fernwasserstrukturen. Wir haben mit der Wasserspange und der Anbindung in der Mitte der Donau eine Strategie. Anders als Sie kolportieren, wir hätten nichts getan, haben wir die Strategie im Projekt "SüSWasser" in den letzten zwei Jahren komplett ausgearbeitet, um darzustellen, wie diese Wasserspange in Zukunft auch den Norden über dieses redundante System wirklich wassersicher machen wird.

Wir werden jetzt anfangen, eine der größten herausgeforderten Regionen – das weiß der Kollege Halbleib –, Grabfeld, zu versorgen. Zur Ehrlichkeit gehört aber dazu: Wenn wir vierzig oder fünfzig Jahre zurückschauen, dann gab es dort eine komplett andere Haltung. Man wollte damals nicht angeschlossen werden. Heute ist die Bitte aus der Regierung dringend. Der Freistaat Bayern wird dieser Bitte nachkommen.

Wir werden über die FWO das Grabfeld versorgen. Wir werden die Region mit gutem Trinkwasser versorgen und werden damit einen Teil dieser Wasserspange in Bayern bilden. Wir werden damit auch die Bürgerinnen und Bürger in Unterfranken nicht alleinlassen. Der Freistaat ist ein verlässlicher Partner. Ich danke den Regierungsfraktionen für die Unterstützung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie haben angesprochen, dass die Verfahren für Wasserschutzgebiete nicht einfach sind.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

5 % der bayerischen Landesfläche sind Wasserschutzgebiete. Ja, Wasserschutzgebiete sollen passgenau sein, weil der Trinkwasserschutz wichtig ist. Deshalb werden wir auch alles dafür tun, die Wasserschutzgebiete, die nur kleinerer Anpassungen der Schutzmaßnahmen an aktuelle fachliche Standards bedürfen, in einem verschlankten und vereinfachten Verfahren auf den Vorrang zu stellen. Dort, wo es Verfahren gibt, die kompliziert und nicht einfach sind, werden sie abgearbeitet werden. Die Kolleginnen und Kollegen müssen dort am Ende auch liefern. Das ist natürlich auch eine Auswirkung des früheren Stellenabbaus, das will ich gar nicht bestreiten. Es ist natürlich auch so, dass wir jetzt doch liefern müssen. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten mit Hochdruck daran, dass diese Wasserschutzgebiete in Bayern auf dem Niveau sind, wie man sie braucht. Der Grundwasserschutz, auch das habe ich angesprochen, ist für uns natürlich eine Selbstverständlichkeit.

Zum Thema "Wasser in der Fläche halten". Sie sprechen davon, dass Bayern bei der Grundwasserneubildung Spitzenreiter ist. Ja, das stimmt. Wir sind Spitzenreiter bei der Grundwasserneubildung und wollen am Ende des Tages mit den betreffenden Gemeinden und neuen Förderinstrumenten Wasser in der Fläche halten. Das ist auf der einen Seite die Landwirtschaft, die mit Programmen wie "Wasser boden:ständig" Wasser in der Fläche hält. Es gibt auch ein Förderprogramm der Kommunen betreffend

Gewässer dritter Ordnung. Dort werden 90 % an Förderungen ausbezahlt. Warum? – Weil wir Wasser eben nicht abfließen lassen wollen. Wir wollen Wasser in der Fläche halten. Wir wollen für den Hochwasserschutz Wasser überall in Bayern in der Fläche halten, damit die großen Gewässer gar nicht erst belastet werden und unser Wasser nicht in die Nordsee, in die Ostsee oder in das Schwarze Meer abfließt, sondern am Ende die Grundwasserneubildung vor Ort anregt. Nur derjenige, der das realisiert, wird am Ende die Wassersicherheit gewährleisten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zur Frage nach gesunden Lebensmitteln. Ich sage noch einmal: Es gibt dahin gehend keine Konkurrenz. Es ist wichtig, die Produktion gesunder Lebensmittel mit dem blauen Gold Wasser zu versorgen; aber es ist genauso wichtig, die gesunden Lebensmittel in Bayern zu produzieren. Wir wollen im Prinzip beides. Wir wollen gute Lebensmittel regional produzieren. Dazu braucht es im Grunde aber auch eine Grundwasserneubildung. Wir brauchen am Ende eine Bewässerungsinfrastruktur. Diese Bewässerungsinfrastruktur unterstützt die Wasserwirtschaft des Freistaates mit Maßnahmen vor Ort, in Franken wie in Schwaben, in Niederbayern wie in Oberbayern.

Wir werden für alle Regionen Konzepte entwickeln. Dazu wurden Bodenwasserverbände gegründet. Diese Bodenwasserverbände sind für die Region dringend notwendig, um am Ende diese Lebensmittelproduktion mit Wasser zu versorgen. Wir wollen an Herbsttagen und Wintertagen einspeichern, um im Sommer die Ernte einzufahren. Das ist die Zukunft: neue Bewässerungs- und Beregnungssysteme. Das sind Systeme, die am Ende notwendig sind, damit wir diese Lebensmittel und damit auch die Wertschöpfung der Landwirtschaft in Bayern halten. Dafür stehen diese beiden Regierungsfractionen. Das gehört auch zu unserer Aufgabe in der Wasserwirtschaft und in der Landwirtschaft. Beide können das nur miteinander tun. Das werden wir auch beweisen.

Alles in allem: Sie zeichnen ein Bild vom Zustand des Wassers, der in Bayern nicht gegeben ist. Es ist eine Herausforderung, die der Freistaat meistern wird. Die Regierungsfractionen haben gezeigt, dass sie in eine Wasserzukunft investieren, und zwar permanent. Der Freistaat investiert in den Hochwasserschutz, aber auch in die Wasserversorgung. Das ist unsere Aufgabe, und das erwarten die Bürger auch von uns. Diesen Auftrag erfüllen wir. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Es liegen zwei Meldungen zur Zwischenbemerkung vor. Zur ersten Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Patrick Friedl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Kollege Glauber, wenn Sie bei Wasserwirtschaftsämtern das Wort "beschämend" in den Mund nehmen, dann bitte ich Sie um Selbstkritik. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten am Rande der Belastungsgrenze. Nachwuchs ist kaum da. Dazu bitte ich um ein Wort.

Zweitens. Sie haben eine Expertenkommission eingesetzt. Ich kann nicht erkennen, dass von dieser Expertenkommission etwas umgesetzt worden ist oder Sie außer Ihrer Ringleitung irgendetwas von Bedeutung angenommen hätten. Klären Sie uns bitte auf, was der entscheidende Vorschlag der Expertenkommission ist, die Sie eingesetzt haben.

Drittens. Der Landrat des Landkreises Würzburg hat gestern zum Wasserschutzgebiet Zeller Quellen erklärt, er fordere einen Ausgleich für das Verfahren. Was versteht er darunter? Wie bewerten Sie das, dass er einen Ausgleich für ein ordnungsgemäßes Verwaltungsverfahren fordert?

Viertens. Sie haben nichts zum Landschaftswasserhaushalt gesagt. Was wollen Sie diesbezüglich tun? Humusaufbau? Hecken? Was wollen Sie dafür tun, dass die Flur nicht so austrocknet? Was sind Ihre Maßnahmen? Dazu hätte ich gerne etwas gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Ich fange mit der Frage der Personalgewinnung an. Herr Kollege Friedl, vielleicht waren Sie heute Morgen bei der Debatte über Fachkräftegewinnung dabei. In einer Zeit der Vollbeschäftigung, in einem Land, in dem um jede Arbeitskraft gerungen wird, ist die Wasserwirtschaft in Bayern nur ein Arbeitgeber neben vielen anderen. Wir konkurrieren als Arbeitgeber mit allen anderen auf diesem Markt. Es ist leider tatsächlich so, dass am Ende des Tages um diese Menschen überall gerungen wird. Das wissen Sie ganz genau vor Ort. In jeder Verwaltung, in jedem Büro, überall wird Personal gebraucht. Wir brauchen dieses Personal in der Wasserwirtschaft. Wir sind auf Ausbildungsmessen und werben in der Wasserwirtschaft für eine Fortbildung. Wir versuchen aus dem Nachqualifizierungsprogramm das eigene Personal noch einmal zu stärken und zu schulen. Das ist unsere Aufgabe. Nachwuchsgewinnung ist aber überall gleichermaßen schwierig. Deswegen kann ich natürlich nur dafür werben: Es ist tatsächlich so, dass auch in der Wasserwirtschaft nicht alle Stellen, die ausgeschrieben sind, besetzbar sind. Das geht aber allen so. Wenn Sie die Unternehmen draußen fragen, sagen die, dem Staat geht es genauso wie den Unternehmen.

Zur Frage, was wir aus der Expertenkommission übernommen haben: Wir haben die Ringleitung in Angriff genommen. Diese Wasserspange wird realisiert. Wir haben die Förderung beim GEW III und damit für den Landschaftswasserhaushalt, sprich Gewässer dritter Ordnung, so gestaltet, dass mehr Wasser draußen versickert werden kann. Wir haben mit der Landwirtschaft einen Waldumbau angestoßen; denn gerade in Franken ist dieser Waldumbau für einen klimaresistenten Wald notwendig. Dazu kommt noch seine Funktion als Speicher. Der wichtigste Speicher für die Wasserversorgung ist der Wald. Der Wald hat die größte Speicherfunktion. Deshalb muss der

Waldumbau gelingen. Das haben wir angestoßen; denn nur durch den Waldumbau wird es am Ende gelingen, den Flächenwasserhaushalt zu realisieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben die Landwirtschaft beraten, wie es gelingt, dass Wasser nicht abfließt. Sie sehen in sogenannten Erosionskarten, wie am Ende draußen gearbeitet wird, dass es zu einer Grundwasserneubildung kommt und Wasser nicht abfließt. Wir haben gesagt: Wasser muss im Rahmen vieler Programme in der Fläche bleiben. Über das Schwammstadtprinzip mit dem Zusammenwirken von Stadt, Natur und Klima haben wir viele Gemeinden beraten, um am Ende klimaangepasst und letztlich über alle, sage ich mal, Planungsleistungen hinweg früh auch in Würzburg dieses Schwammstadtprinzip zu realisieren. Wir beraten die Kommunen. Wir planen mit den Kommunen. Das sind alles Maßnahmen, die aus der Expertenkommission heraus Umsetzung gefunden haben. Das ist ein Ausschnitt. Das ist unsere Aufgabe.

Die letzte Frage zum Landrat kann ich nicht beantworten; die müssen Sie ihm selber stellen. Er hat diese Antwort gegeben. Fragen Sie den Landrat. Ich kann es Ihnen leider nicht erklären.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Staatsminister ist zwar in der Lage, seine Stimme so zu erheben, dass er alle übertönt; aber wir haben hier gerade einen Lärmpegel, der eher zum Wiener Kaffeehaus passt als zum Plenarsaal. Ich bitte Sie insgesamt, etwas ruhiger zu sein, damit auch der nächste Kollege, Volkmar Halbleib, hörbar ist, dem ich hiermit das Wort erteile. – Jetzt geht es schon wieder los. Meine Bemerkung war ernst gemeint.

(Zuruf des Abgeordneten Albert Duin (FDP))

– Herr Kollege Duin, sobald Sie den Mund aufmachen, wird es sowieso laut.

(Heiterkeit)

Kollege Halbleib, jetzt haben Sie das Wort für Ihre Zwischenbemerkung.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Staatsminister, ich nehme Ihnen Ihre Leidenschaft und Ihr Engagement für das Wasser in Bayern durchaus ab. Ich glaube, dass Sie von manchen in der Regierungsfraktion der CSU oder von der Staatsregierung durchaus in bestimmten Dingen ausgebremst werden. Das schicke ich meiner Zwischenbemerkung einmal vorweg.

Es ist schon ein bemerkenswerter Sachverhalt, dass zwei Jahre und acht Monate nach Ihrer Regierungserklärung gestern erst der erste Runde Tisch stattfand und dann vom Ministerpräsidenten verkündet wird, dass er ein umfangreiches Maßnahmenpaket plane. Nach zwei Jahren und acht Monaten wissen wir immer noch nicht, was jetzt eigentlich das Ergebnis ist und was konkret umgesetzt wird. Ich denke, Sie können mir zustimmen, dass das für ein Parlament und für uns als regionale Mandatsträger unbefriedigend ist.

Genau diese Frage, der Konflikt zwischen der Landwirtschaft und der Wassernutzung, haben wir in der Bergheimer Mulde. Es gab das Versprechen der Staatsregierung, ein konkretes Niedrigwassermanagement unter diesem Aspekt auszuarbeiten. Dieses Versprechen – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Halbleib, Sie haben eine Minute Redezeit gehabt.

Volkmar Halbleib (SPD): Dieses Versprechen ist nicht eingehalten worden –,

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Volkmar Halbleib (SPD): – und die Staatsregierung ist bis heute die Antwort schuldig geblieben. Das ist das Problem.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Kollege Halbleib, mit der Regierungserklärung 2020 – ich will sie jetzt nicht noch einmal halten, sie würde eine halbe Stunde dauern – haben wir all diese Maßnahmen in die Wege geleitet. Ich habe Ihnen gesagt: Wir haben 70 Maßnahmen aus dieser Regierungserklärung bereits in der Umsetzung. – Sie schütteln den Kopf, es ist aber so. Sie glauben doch nicht, dass wir eine Regierungserklärung machen und die Kolleginnen und Kollegen der Wasserwirtschaft diese Themen dann nicht umsetzen. Die sind virulent, und wir sind dabei, genau diese Maßnahmen umzusetzen. Für den Wassercent ist es notwendig, dass ich ein digitales Wasserbuch und digitale Wasserzähler habe. Die werden wir am Ende in der Fläche umsetzen. Wer am Ende einen Wassercent einführen will, der braucht letztendlich diese Daten, sonst wird das nicht funktionieren. Somit ist doch klar, dass wir die Aufgaben, die vor uns liegen, Schritt für Schritt abarbeiten.

Ich sage aber allen in diesem Parlament: Es wird in zwanzig Jahren dieselben Debatten geben. Eines ist klar: Die Diskussion um das blaue Gold wird nie enden. Es ist eine Herausforderung, die auf Dauer Investitionen notwendig machen wird. Das wird nie enden. Wir sagen es hier im Landtag, und das sage ich auch im Umweltministerium: Wir geben ein Drittel des Geldes, ein Drittel von diesen 1,2 Milliarden Euro, genau für diese Maßnahmen aus, für diese – im Prinzip – Klimawandel-Anpassungsmaßnahmen. Deshalb ist es so notwendig, dass dieses Haus nach wie vor hinter diesen Projekten steht, hinter diesen Maßnahmen. Das haben mir zumindest die Regierungsfractionen zugesichert. So gehen wir auch in diese Wahl. Wir werden auch in Zukunft für dieses blaue Gold alle notwendigen Investitionen tätigen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/29506 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion, die AfD-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen, Plenk, Swoboda und Sauter. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion. Habe ich noch jemanden vergessen? – Niemand. Dann ist hiermit dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/29571 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU und die FREIEN WÄHLER.

(Unruhe)

Nein, nein, nein, alles richtig. Ich wiederhole es noch einmal: Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER, auch zu dieser Sache hier, auf Drucksache 18/29571 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die FDP-Fraktion, die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen, Plenk, Sauter, Dr. Rieger. Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit angenommen.

So, jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/29505. Ich rufe noch einmal in Erinnerung, das ist der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend "Für eine echte Nationale Sicherheitsstrategie, die mehr Sicherheit für Deutschland und Bayern bringt". Hier ist namentliche Abstimmung beantragt. Die wird mit Ihren Abstimmgeräten durchgeführt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Ich eröffne die Abstimmung jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 16:24 bis 16:27 Uhr)

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungszeit neigt sich dem Ende zu. Hatte jeder und jede Gelegenheit, seine bzw. ihre Stimme abzugeben? – Das scheint der Fall zu sein. Dann ist die Abstimmung hiermit geschlossen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird später bekannt gegeben.

(Unruhe)

Ich bitte, wieder Platz zu nehmen und Ruhe im Sitzungssaal einkehren zu lassen.

(Anhaltende Unruhe)

Sobald Ruhe eingekehrt ist, rufe ich den nächsten Tagesordnungspunkt auf.